

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt und Land. 1866-1938 27 (1893)

105a (7.5.1893)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-654015](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-654015)

Nachrichten

für Stadt und Land.

Zeitschrift für Oldenburgische Gemeinde- und Landes-Interessen.

Nr. 105a.

Oldenburg, Sonntag, den 7. Mai 1893.

XXVII. Jahrgang.

Telegraphische Depeschen

der „Nachrichten für Stadt und Land.“

HTB. Berlin, 6. Mai, 4 1/2 Uhr nachmittags. (Bereits gestern durch Extrablatt verbreitet.) Der Antrag Huene bezüglich der Militärvorlage ist soeben zur Abstimmung gelangt. Er wurde mit 48 Stimmen Majorität abgelehnt. Der Reichskanzler kündigte darauf die Auflösung des Reichstages an.

HTB. Berlin, 6. Mai, 5 1/2 Uhr nachmittags. (Bereits gestern durch Extrablatt verbreitet.) Der Reichstag hat selten eine so interessante Sitzung gesehen, wie heute, die Tribünen des Hauses waren dicht gefüllt. Alle Minister, Staatssekretäre und Bundesratsmitglieder waren anwesend. Ueber 370 Abgeordnete waren erschienen. Zuerst wurde das Militär-Pensionsgesetz unter geringer Aufmerksamkeit des Hauses in dritter Lesung genehmigt. Dann wurde die Debatte über die Militärvorlage fortgesetzt. Um 3 Uhr wurde der Schlussantrag angenommen. Die Abstimmung wurde durch Namensaufruf vorgenommen, welche die Ablehnung des Antrages Huene mit 48 Stimmen Majorität ergab. Für die Vorlage stimmten Konservative, Reichspartei, Nationalliberale, Freikonservative, ein Teil Antisemiten, sechs Freisinnige und zwölf Centrums-Mitglieder. Dagegen stimmten die übrigen Centrums-Mitglieder, der größte Teil der Freisinnigen, die Volkspartei, die Sozialdemokraten und die Elsäßer. Nachdem sich die große Erregung, welche sich nach dieser Abstimmung kund that, etwas gelegt hatte, verlas der Reichskanzler v. Caprivi das kaiserliche Auflösungs-Dekret. Die Neuwahlen müssen innerhalb 60 Tagen vorgenommen werden. Die Auflösung des Reichstages hat allgemein eine große Erregung hervorgerufen.

Berlin, 6. Mai, 7 Uhr abends. Im „Reichsanzeiger“ wird soeben bekannt gemacht, daß die Neuwahlen zum Reichstage am Donnerstag, den 15. Juni d. Js., stattzufinden haben.

* Die Auflösung des deutschen Reichstags.

Oldenburg, 6. Mai.

Der achte deutsche Reichstag hat ausgerufen Erst wenige Stunden sind es her, seit sich der Auflösungsakt vollzogen, seit der Kaiser, mit Zustimmung der Bundesregierungen, die Abgeordneten ihrer Würde als Volksvertreter entkleidet, weil die Mehrheit derselben — trotz des lödenden Angebots der zweijährigen Dienstzeit unserer Söhne — der vornehmsten politischen Institution im Staate, der Armee, nicht jene Verstärkung bewilligen wollte, welche der oberste Kriegsherr und alle militärischen Autoritäten zur Sicherung der deutschen Lande für absolut notwendig halten und welche die ver-

händeten Regierungen trotz des verneinenden Reichstagsvotums auch durchzuführen entschlossen sind. Das negative Ergebnis der entscheidenden Abstimmung in der heutigen Reichstagsitzung war kaum verkündet, als Reichskanzler Graf Caprivi sich erhob und mit den lautmächtigsten Worten: „Ich habe dem Reichstage eine kaiserliche Botschaft mitzutheilen“, die Auflösungsordre verlas. Damit war das Schicksal des achten deutschen Reichstages besiegelt. Er hat, nach dreijährigem Wirken, ein vorzeitiges Ende erreicht, und es war ihm somit nicht vergönt, die ihm durch Reichsgesetz vom 19. März 1888 zuerkannte fünfjährige Legislaturperiode bis auf die Reize auszufüllen. Der jetzt aufgelöste Reichstag war aus den Wahlen vom 20. Februar 1890 hervorgegangen, er hätte somit erst im Jahre 1895 sein natürliches Ende erreicht. Es ist dies das zweite Mal, daß der deutsche Reichstag in offener Sitzung durch eine vom Reichskanzler selbst verlesene kaiserliche Botschaft aufgelöst worden ist. Im Januar 1887 geschah dies zum ersten Male, und zwar ebenfalls in einer Militärfrage, — und damals war es noch der große Meister der Staatskunst, der Reichskanzler, welcher die Volksvertreter im Namen seines greisen kaiserlichen Herrn ohne viele Umstände verabschiedete. Im Jahre 1878, nachdem der Schandbube Nobbling die freche Mordthat nach dem weißen Haupte des hochseligen ersten deutschen Kaisers ausgeführt, erfolgte die Auflösung des Reichstages zu einer Zeit, da die Volksvertreter in dem historischen Gebäude an der Leipzigerstraße zu Berlin noch nicht wieder versammelt waren.

Die Geschichte der Auflösung des jetzt verabschiedeten Reichstages bietet ein äußerst bunt wechselndes Bild. Noch die gestern spät abends eingelaufenen Meldungen verbreiteten wieder einen Hoffnungsstrahl für eine glückliche Lösung der großen Frage, — es hieß, erneute Verhandlungen fanden statt, und diejenigen Freisinnigen, welche mit dem Antrag Huene sympathisieren, aber sich schließlich doch — mit Ausnahme unseres Abg. Hinge — zu der oppositionellen Mehrheit geschlagen hatten, hätten trotz des Fraktionsbeschlusses nochmals Fühlung mit dem Reichskanzler gesucht; ja selbst die heute Vormittag hier eingelaufenen Meldungen deuteten noch eine Verständigung an, — aber es waren trügerische Bilder, und der Hoffnungsstrahl, welchen diese letzten Meldungen vor der Katastrophe durchblicken ließen, war nichts als das letzte Aufblitzen eines vergeblich nach Verständigung ringenden guten Willens einer Minderheit. Erst heute Nachmittag, 4 1/2 Uhr, als die sofort nach ihrem Eintreffen von uns durch Extrablatt verbreitete telegraphische Meldung von der Auflösung des Reichstages hier einlief, wurde damit allen Kombinationen durch die vollendete Thatfache ein Ende bereitet. Der Kampf der Meinungen im Reichstage, dessen letzte Stunden von den Abgeordneten noch eifrig zu Wahlfreden benutzt wurden, ist vorläufig zum Schweigen gebracht, und ein anderer Kampf, der noch heftiger und aufregender Kampf in den Wahlkreisen wird nun beginnen. Nach Artikel 25 der deutschen Reichsverfassung müssen die Neuwahlen spätestens 60 Tage nach der Auflösung des Reichstages (also nach 8 1/2 Wochen) vollzogen werden. Es lag aber von vornherein nahe, daß die Regierung die Neuwahlen bedeutend früher anberaumen würde, wie dies auch 1887 geschah, wo dieselben bereits fünf Wochen nach der Reichstagsauflösung vorgenommen wurden. Die Neuwahlen zum Reichstage sind denn auch bereits auf Donnerstag, den 15. Juni, festgesetzt.

Caprivi hat in dem Kampf um die Militärvorlage mit dem verflochtenen Reichstage einen harten Stand gehabt. Er wich bei dem heftigen Ringen mit den Gegnern in der

ersten Lesung sowie in der Kommission nicht um Haarsbreite von der gezogenen Linie ab, — erst bei der zweiten Lesung machte er einen kleinen Schritt nach vorwärts und reichte dem Centrumsabgeordneten Huene, der hart an diese Linie herangekommen war, die Hand und erklärte sich mit dessen Kompromißantrag einverstanden, — weiter aber ging er nicht, er stand nach dem Vorbilde seines großen Vorgängers wie ein Fels im Meere, und als alle Liebesmühen sich als vergeblich erwiesen hatte, verkündete er heute Nachmittag, am sechsten Tage des schönen Bonnemonds, dreimanu trocknen Tones die Auflösung des obstinaten Reichstages. Dieses Ereignis befehligt alle Gemüther, und wo zwei Deutsche zusammenstehen, wird man damit beschäftigt sein, die wenig roßigen Konsequenzen aus diesem aufregenden Ereignis des Tages zu ziehen. Die Regierung hat sicher nicht leichten Herzens den entscheidenden Schritt gethan, — aber es mußte geschehen und mit fester Hand die schwere Operation an dem Reichstagskörper vorgenommen werden. — Wir wollen jetzt, nach vollzogener Thatfache, nicht untersuchen, ob die Regierung recht gethan, das Bennigsen'sche Angebot schroff zurückzuweisen. Bennigsen selbst, der weitsichtige Führer der Nationalliberalen, hatte den Fehlschuß abgefeuert, welchen er dem Reichskanzler in der Militärkommission entgegengeworfen, noch vor der Abstimmung im Plenum wieder zurückgenommen und sich in geistiger Reichstagsitzung in meisterhafter Rede zum warmen Verteidiger des Huene'schen Antrages aufgeworfen. Die Nationalliberalen stimmten denn auch geschlossen für den Antrag Huene. Auch das gute Beispiel, welches unser Abgeordneter Hinge und der Centrumsmann Huene ihren Fraktionsgenossen gaben, hat einige derselben schließlich doch noch zur Gefolgschaft veranlaßt, aber die Zahl der Kompromißfreunde war doch nicht groß genug, um die Militärvorlage mit dem Huene'schen Abstrich zu retten. Sie fiel mit einer Stimmenmehrheit von 48 auf Seiten der Gegner. Von den Freisinnigen hatten sich in letzter Stunde wider Erwarten noch sechs (nicht sieben, wie es in unserem gestrigen zweiten Extrablatt hieß) und vom Centrum zwölf Mitglieder zu der kompromißfreundlichen Minderheit geschlagen, besonders hat das Vorgehen der sechs Freisinnigen überrascht, nachdem erst kurz zuvor der Fraktionsbeschluss auf geschlossene Gegnerschaft gefaßt war.

Die Auflösung des Reichstages hat, wie die telegraphischen Meldungen besagen, unter den Abgeordneten eine große Erregung hervorgerufen, — und wahrlich, der herausbeschworene Konflikt ist recht ernster Natur. Er kann bedeutungsvoll genug für das deutsche Parteiwesen werden, es gilt einen heftigen Kampf durchzulämpfen, und nur zu nahe liegt die Gefahr, daß die deloyalen Parteikräfte bei den Neuwahlen neue Triumphe feiern werden. Da ist es denn an dem Volke, zu zeigen, daß es über den Begriff des wahren Patriotismus keine divergierenden Ansichten geben darf. Nach wenigen Wochen wird sich ein neuer Reichstag in Berlin versammeln, und die Regierung, welche an dem Worte des großen Volkes: „Der ganze Staat steht und fällt mit dem Heere“, unentwegt festhält, wird dann von neuem an die Einsicht und den Patriotismus der vom Volke nach Berlin gesandten Vertreter derselben appellieren. Es wird sich dann zeigen, ob Volk und Regierung einig sind, jedes Opfer, auch das einer anderen Ansicht, zu bringen, wenn es sich um die Sicherheit des Vaterlandes handelt. —

Inserate finden die wirksamste Verbreitung und kosten pro Zeile 16 Pf. — Anstaltspreis 20 Pf.

Agenten: Oldenburg: Annoncen-Expedition von J. Böttner. Kaffee: Herr Post-Expediteur Bönnich. Delmenhorst: J. Köbelmann. Bremen: Herren C. Schlotte u. W. Scheller.

Bericht über die letzte Sitzung des achten deutschen Reichstags.

Vom 6. Mai 1893.

Am Bundesratsitz: Reichskanzler v. Caprivi und die Minister v. Boetticher, v. Malchahn, v. Marschall, sächsischer Kriegsminister v. v. Planitz, württembergischer Kriegsminister Schott von Schottenstein und Staatssekretär Hollmann.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Abstimmung über die Gültigkeit der Wahl des Abg. v. Reben (9. hannoverscher Wahlkreis); dieselbe ist eine namentliche. Die Wahl wird mit 188 gegen 167 Stimmen für ungültig erklärt.

Es folgt die zweite Beratung der Novelle zum Militärpensionsgesetz.

Staatssekretär v. Malchahn: Nachdem die Kommission in ihrer zweiten Sitzung wesentlich über die Beschlässe der ersten Sitzung hinausgegangen ist, müssen sich die verbündeten Regierungen die endgültige Beschlußfassung über dieses Gesetz in der Sitzung der Kommission vorbehalten.

Abg. Feigen (Centr.) beantragt, die Vorlage en bloc anzunehmen. In einem Augenblicke, wo wir vor einer schwerwiegenden Entscheidung stehen, können wir keinen schoneren Abschluß für unsere Arbeiten finden, als wenn wir ein Gesetz, auf dessen Zustandekommen Tausende von Invaliden warten, zum Abschluß bringen.

Präsident v. Levetzow: Die Annahme der Vorlage en bloc ist möglich, wenn niemand im Hause widerspricht. Das geschieht nicht, wir stimmen sofort ab.

Das Gesetz wird einstimmig angenommen.

Abg. v. Guene (Centr.): Ich beantrage, alsbald auch in die dritte Sitzung einzutreten.

Präsident v. Levetzow: Auch das ist nur möglich, wenn kein Widerspruch aus dem Hause sich erhebt.

Da dies nicht geschieht, beantragt Abg. Feigen, auch in dritter Sitzung den Gesetzentwurf en bloc anzunehmen.

Das Haus beschließt dementsprechend und tritt sodann in die Fortsetzung der zweiten Beratung der

Militärvorlage

ein.

Abg. Wigger (Lib.) zieht seinen Antrag zurück, der überflüssig geworden sei, und erklärt sich kurz für den Antrag Guene.

Abg. v. Sellbom (kons.): Der Regierung kann ich es nur zum Lobe anrechnen, daß sie so weit nachgegeben hat, und wir können nur froh sein, einen so sachverständigen Reichskanzler zu haben. Der vorliegende Gesetzentwurf will endlich ganze und reine Arbeit machen. Nur in der Möglichkeit, schnell und mit genügenden Kräften auf den Kriegsschauplatz zu erscheinen, gipfelt die Vorlage. Gewähren wir diese, so wird Frankreich uns schließlich nicht mehr nachsehen können. Wer von uns zweifelt auch im Grunde an einer ernsten und dringenden Gefahr? Darum hat die Regierung selbst auf die Gefahr einer Auflösung hin die Vorlage einbringen müssen. Der Abg. Lieber hat gestern gegen den preussischen Staatsgedanken, den er Militarismus nannte, gesprochen und ihn in Gegensatz gestellt zu dem deutschen Reichsgedanken. Im preussischen Volke wird man anders und besser darüber denken und sagen, daß dieser preussische Staatsgedanke das Reich überhaupt erst möglich gemacht hat. Preußen hat gewisse unliebsame Eigenschaften. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Aber sehr! Heiterkeit.) Aber gerade in Preußen herrscht auch viel Idealismus. Unser konservativer Grundgedanke ist es seit Alters her, den großen vaterländischen Zwecken zu dienen. Redner kritisiert dann eingehend die Rede des Abg. Lieber in Altsachsenburg, daß wichtiger als die berechtigten Forderungen der Regierung der Fortbestand seiner Partei sei. Der Abg. Lieber sagte, der Kanzler hätte diese Worte in das schlechteste Bismarck'sche Überseht. Nun, Fürst Bismarck ist der verkörperte Reichsgedanke. (Beifall.) Auch diese Vorlage ist echt Bismarck'sch, und dafür wird man namentlich in Süddeutschland auch das richtige Verständnis haben. (Beifall.) Wenn Fürst Bismarck sich selbst jetzt gegen die Vorlage ausgesprochen hat, so ist das nur eine Vertreibung des Geistesalters. Wenn die Kaiser auch nicht altpreussisch denken, und das ist zu begreifen, so sollte sie doch die Klugheit lehren, aus ihrem eigenen Interesse für die Vorlage zu stimmen. In Paris hat großer Jubel geherrscht bei der Kunde, daß die Vorlage scheitern könnte. Wenn Sie also hierherkommen, um gegen die Vorlage zu stimmen, so verdienen Sie sich nur den Dank Frankreichs. Herr Lieber, zu diesen Bundesgenossen kann man Ihnen nur gratulieren. Ganz unwahr ist die Behauptung,

daß die Wohlhabenheit unseres Volkes zurückgegangen sei und daß wir deshalb die Kosten der Vorlage nicht tragen könnten. Die Arbeiter leben jetzt viel besser als früher, als z. B. noch vor 30 Jahren. (Rufen bei den Sozialdemokraten: In der jetzigen Zeit handelt es sich nur um ein Uebergangsleiden. Wir sollten uns daher hüten, die Unzufriedenheit noch zu schüren, zumal der Erbe dessen, was sie bringt, doch nur Herr Webel ist. (Heiterkeit.) Ich sehe nicht ohne Sorgen in die Zukunft und denke da an den Ausspruch Webers, daß die Sozialdemokratie in Deutschland den Fort ihrer Zukunft erblicke. Mit den Idealen, welche jene Herren haben, arbeitet man recht schlimmen Dingen vor. Wir brauchen politische Reife nicht nur zu politischen Zwecken, sondern auch zu moralischen. Wir bedürfen der Unterordnung unter gemeinsame Zwecke, das ist die politische Reife, und das Fraktionstreiben und sein Ueberwuchern muß aufhören. Für den berechtigten Föderalismus sind gleich Herrn Lieber auch wir eintreten. Ebenso erkennen wir die Heiligkeit des Christentums an, wie Herr Lieber und die Katholiken. Aus dem Christentum aber, das muß ich Herrn Lieber sagen, fließt auch die Toleranz. (Rufen und Rufe bei den Sozialdemokraten: Toleranz! bei Ihnen!) Um zur Seinschuld zu kommen, müssen wir aber andere Ziele haben, als Sie, Herr Lieber! Ihre Ziele führen zur Entwidlung der Demokratie. (Heiterkeit links.) Quintessenz ist und muß sein die Zulassung der Nationalität. Die Grundfrage bei dieser Vorlage ist: Soll das deutsche Element seine Stellung in Europa behalten? Hier müssen alle zusammenstehen, die einsehen für die nationale Entwicklung, in diesem Sinne, bitte ich Sie, stimmen Sie! Erst das Vaterland! Dann die Partei! Zuletzt die Person! (Beifall rechts.)

Abg. Graf Preysing (Centr.): Ich habe mich nicht zum Wort gemeldet, um auf die Rede des Herrn v. Sellbom zu antworten. Der Reichskanzler hat gestern hervorgehoben, es thue ihm leid, daß der frühere Antrag jetzt meinen Namen trage. Herr Lieber hat schon hervorgehoben, daß der Antrag in der Kommission im Auftrage der Fraktion gestellt ist. Damals haben ihm alle Kommissionsmitglieder zugestimmt, neuerdings ist er mit überwältigender Majorität zum Fraktionsbeschluß erhoben worden und er trägt meinen Namen, weil ich den Vorschlag in jener Fraktionsabstimmung führte. Der Kanzler hat mit seinen Ausführungen wohl nur sagen wollen: es thut mir weh, daß ich Dich in der Gesellschaft sei. Ich aber will mich nicht von dem Centrum trennen. Ich glaube, daß ich dem Reiche als Centrumsmann besser dienen kann, als in einer süddeutschen Partei, deren Bildung jetzt ventiliert wird. Man hat das Centrum eine abnorme Ercheinung genannt. Es steht mit der Anerkennung ähnlich wie mit der Dankbarkeit, sie ist eine Blume, die nur auf Gräbern sprießt; noch aber lebt das Centrum. Das Centrum soll demokratisch sein. Es ist weder demokratisch noch aristokratisch, es sucht die ausgehende Mitte zwischen beiden einzuhalten. Für militärische Zwecke ist schon mehr als zuviel bewilligt. Unsere Armee ist dreimal so stark als im Jahre 1870, aber im Innern durchzieht ein Gefühl der Besorgnis die deutschen Völkerscharen. Ueberall herrscht das Vorgefühl verhängnisvoller Bedrängnis, das zusammenhängt mit der wirtschaftlichen Bedrängnis. Wahre Vaterlandsliebe wird nur gefördert durch die Beförderung des allgemeinen Wohles. Vor meinen Wählern werde ich zu vertreten wissen, was ich hier gesagt habe und was ich weiter thun werde. Meiner Treue zum Reiche wird das nicht Abbruch thun.

Abg. v. Hornstein (wid.): Zu Aufschritten, die mir aus meinem rheinländischen Wahlkreise zugegangen sind, ist die Hoffnung ausgesprochen, daß ich für die Vorlage stimmen werde. Im Namen der badischen Bauern werde ich bewilligen, was gefordert ist. Die terroristische Falschmünzerei, die ein Teil der badischen Presse treibt, giebt überhaupt kein richtiges Bild von der Stimmung der badischen Bevölkerung. Dort in den Grenzlanden weiß man, was auf dem Spiele steht, man weiß auch, daß die Kosten nicht unerschwinglich sind. In der benachbarten Schweiz belaufen sich die Aufwendungen für das Heer pro Kopf fast ebenso hoch wie bei uns. Wir stimmen auch für die Vorlage, weil wir nicht wünschen, daß uns wie den schaffischen Protestlern Dankesnoten in Paris beschloffen werden.

Bei Beginn der nachfolgenden Rede des Abg. Münch, der sich eingehend gegen die Vorlage ausspricht, ziehen sich die anwesenden Mitglieder des Bundesrats in das Bundesratszimmer zurück. Nach Rückkehr derselben wird Redner, der unter großer Unruhe des Hauses gesprochen hat, mehrfach von Schlußrufen unterbrochen.

Es sind zwei Anträge eingelaufen, der eine von den Abgg. Hollmann, Adernann und Stumm auf Vertagung der

Beratung, der andere vom Centrum auf Schluß der Debatte.

Der erste wird gegen die Stimmen der Nationalliberalen, der Freikonservativen, eines Teiles der Freisinnigen und einiger Konservativen abgelehnt, der zweite gegen dieselben Stimmen angenommen.

Abg. Nicker (freis.) erklärt zur Geschäftsordnung, daß er durch den Schluß der Debatte an einer Erklärung für einen Teil seiner Freunde verhindert worden sei.

Abg. Lieber (Centr.): Persönlich erkläre ich, daß ich durch den Schluß der Debatte verhindert bin, Herrn von Sellbom zu antworten.

Abg. Böckel (Antij.): Im Namen der Abgg. Zimmermann, Werner und für mich habe ich zu erklären, daß wir gegen den Antrag v. Guene stimmen werden und zwar hauptsächlich der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse halber.

Abg. Pidenbach (Antij.): Ich habe dagegen im Namen meiner politischen Freunde zu erklären, daß wir für den Antrag stimmen werden. (Heiterkeit.)

Nach einigen persönlichen Auseinandersetzungen zwischen den Abgg. v. Sellbom und Lieber erklärt Abg. Prinz Carolath (wid.): Auch mich hat der Schluß der Debatte überrascht. Ich wollte noch einen Antrag einbringen, er ist bereits in Druck gegeben. Ich möchte den Herrn Reichskanzler fragen, ob derselbe noch Wert darauf legt, daß in die Einzelberatung der folgenden Artikel eingetreten wird. In diesem Falle werde ich meinen Antrag dort einbringen.

Reichskanzler Graf Caprivi: Auf diese Frage kann ich eine Erklärung nicht abgeben.

Damit ist die Diskussion wieder eröffnet. Der Abg. Pidenbach, welcher das Wort erhält, verzieht darauf und ein neuer Antrag des Centrum auf Schluß der Debatte wird gegen die Stimmen der Nationalliberalen angenommen.

Nach einem kurzen Referat des Abg. Gröber wird die Vorlage der Regierung gegen die Stimmen der Konservativen abgelehnt.

Die Abstimmung über den Antrag Guene ist eine namentliche, sie ergibt Ablehnung des Antrags mit 210 gegen 162 Stimmen.

Für den Antrag Guene stimmen geschlossen die Konservativen, Reichspartei, Nationalliberalen und Polen. Ferner 6 Freisinnige: Broemel, Hinge, Maager, Alexander Meyer, Gröber, Siemens; vom Centrum 12: Adelman, v. Adelmansfelben, Prinz Arenberg, v. Ballestrum, v. Chamars, v. Gliszynski, v. Guene, Bender, Graf Ratuniska, Kels, Frey, v. Pfeilen, Porisch, v. Reichenberg, Pidenbach und Ahlwardt. Von den Elsaß-Lothringern waren nicht anwesend Delles, Dietrich, Kuehlig, Neumann. Bei Verständigung des Auslands entfiel sich der Stimme. Bei Verständigung des Reichstags entfiel sich der Stimme. Bei Verständigung des Reichstags entfiel sich der Stimme.

Der Reichskanzler erhebt sich darauf, und mit der Bemerkung, daß er eine Allerhöchste Botenschaft mitzuteilen habe, verläßt er die vom 6. Mai datierte Botenschaft, durch welche der Reichstag aufgelöst wird.

Mit einem Dank des Präsidenten an das Haus und einem von ihm ausgebrachten Hoch auf den Kaiser, in welches das Haus lebhaft einstimmt, während die Sozialdemokraten eilig den Saal verlassen, schließt die Sitzung.

Der in dem Bericht erwähnte Antrag des Prinzen Carolath bezog sich auf Art. 2, § 1, Abs. 1 des Art. 1 des Grundgesetzes und hatte folgende Fassung: „Die Mannschaften der Fußtruppen gehören dem stehenden Heere bei der Friedenszeit und in der Reserve fünf Jahre an. Diese Bestimmung bleibt in Kraft, so lange die Friedenspräsenzstärke (in Abs. 1 des Gesetzes) nicht unter die dort bezeichnete Zahl herabgesetzt wird.“ Dieser Antrag war von Mitgliedern verschiedener Fraktionen unter Führung der Staatssekretäre v. Boetticher und v. Marschall abgelehnt, er hatte auch den Reichskanzler vorgelegen, war von diesem aber abgelehnt worden.

Hervorragende Mitglieder der Konservativen hatten noch am Freitag, spät abends, ihre Zustimmung zum Antrag Carolath ausgesprochen. Die Freisinnigen schaukelten fortgesetzt und wollten anschließend noch weitere Konzeptionen. Herr v. Bennigsen hatte noch in letzter Stunde mit dem Reichskanzler verhandelt, — wie aber die inzwischen eingetretene Ereignisse gezeigt haben, sind alle Bemühungen, die Auflösung des Reichstags zu verhindern, vergeblich gewesen.

Extrablatt

der „Nachrichten für Stadt und Land.“

Oldenburg, 6. Mai 1893.

Die Auflösung des deutschen Reichstages.

Berlin, 6. Mai, 5 Uhr nachmittags. Der Antrag Huene bezüglich der Militärvorlage ist soeben zur Abstimmung gelangt. Er wurde mit 48 Stimmen Majorität abgelehnt. Der Reichskanzler kündigte darauf die Auflösung des Reichstages an.

Die Neuwahlen zum Reichstage

müssen nunmehr **spätestens** binnen zwei Monaten vorgenommen werden. Artikel 25 der deutschen Reichsverfassung sagt hierüber:

„Im Falle der Auflösung des Reichstags müssen innerhalb eines Zeitraumes von 60 Tagen nach derselben die Wähler, und innerhalb eines Zeitraumes von 90 Tagen nach der Auflösung der Reichstag versammelt werden.“

Druck und Verlag von B. Scharf, für die Redaktion verantwortlich: J. O. Scharf, Oldenburg, Peterstraße 5.

Verzeichniß

der „Verzeichnisse für Stadt und Land“

Oldenburg, d. 1. Mai 1893

Die Auflösung

des Verzeichnisses

Erster Theil. Die Auflösung des Verzeichnisses der Stadt Oldenburg. Der Verfasser hat die Aufgabe gestellt, die Verzeichnisse der Stadt Oldenburg in der Weise zu ordnen, wie sie in der Stadtverwaltung vorkommen. Die Verzeichnisse sind in drei Theile getheilt: 1. Die Verzeichnisse der Stadt Oldenburg, 2. Die Verzeichnisse der Stadt Oldenburg, 3. Die Verzeichnisse der Stadt Oldenburg.

Die Verzeichnisse der Stadt Oldenburg

Die Verzeichnisse der Stadt Oldenburg sind in drei Theile getheilt: 1. Die Verzeichnisse der Stadt Oldenburg, 2. Die Verzeichnisse der Stadt Oldenburg, 3. Die Verzeichnisse der Stadt Oldenburg.

